

## **Wir brauchen einen Schutzschirm für Ausbildung – damit junge Menschen nicht zu den Verlierern der Krise werden**

Die Krise hat den Ausbildungsmarkt längst erfasst: Im Ausbildungsjahr 2009 wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 50.000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen. Rund 83.000 Jugendliche gingen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bisher leer aus – und das trotz des demographischen Rückgangs der BewerberInnenzahlen. Knapp 73.456 dieser Jugendlichen wurden in „Warteschleifen“ wie Praktika oder berufsvorbereitenden Maßnahmen – geparkt. Kurzum: Das Ausbildungsjahr 2009 war ein schlechtes Jahr, von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt kann nicht gesprochen werden.

Mehr noch: Im Jahr 2010 droht eine weitere Verschärfung. Allein nach Schätzungen in der Metall- und Elektroindustrie ist nochmals mit einem Minus von 10 Prozent bei den Ausbildungsplätzen zu rechnen. Deshalb müssen wir umsteuern. Die jungen Menschen dürfen nicht zu den Verlierern der Krise zählen. Wir brauchen einen Schutzschirm für Ausbildung!

**1. Die Lage nicht schön rechnen – für eine ehrliche Ausbildungsstatistik:** Der Ausbildungspakt präsentiert uns Jahr für Jahr eine geschönte Bilanz. Frei nach dem Motto ‚Es kann nicht sein, was nicht sein darf‘ wird die Statistik schön gerechnet. So wird die wahre Lage auf dem Ausbildungsmarkt systematisch verschleiert“.

Das Ergebnis der geschönten Statistik: Während der Pakt Jahr für Jahr eine entspannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt verkündet, haben 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind 15 Prozent dieser Altersgruppe. Angesichts solcher Zahlen zu behaupten, jeder ausbildungswillige und -fähige junge Mensch bekomme einen Ausbildungsplatz, ist schlicht zynisch. Wir brauchen dringend eine ehrliche Ausbildungsstatistik in Deutschland. Sie muss den politisch Verantwortlichen klar aufzeigen, an welchen Stellen nachgesteuert werden muss, um allen Jugendlichen einen qualifizierten Berufsabschluss zu ermöglichen. Die aktuelle Bilanz wird diesem Anspruch nicht gerecht. Sie täuscht eine entspannte Lage vor und nimmt damit den Druck von den verantwortlichen Akteuren.

Die Ausbildungsbilanz hat zwei **Kernfehler:**

- 73.456 Jugendliche, die in Warteschleifen untergebracht worden sind, werden vom Pakt als versorgt gezählt - obwohl sie ausdrücklich noch einen Ausbildungsplatz suchen. Werden diese Jugendlichen mitgezählt, liegt die Lücke der unversorgten BewerberInnen bei 83.000 - statt der vom Pakt verkündeten 4.400 unversorgten jungen Menschen. Wir brauchen deshalb einen echten Paradigmenwechsel in der Ausbildungsstatistik. **Junge Menschen in Warteschleifen dürfen nicht mehr als versorgt gezählt werden. Nur so bekommen wir einen unverstellten Blick auf den Ausbildungsmarkt.** +
- Ohnehin wird nicht jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz sucht, bei der Bundesagentur für Arbeit auch als BewerberIn geführt. In einer ersten Vorauslese werden zehntausende Jugendliche als nicht ausbildungsreif deklariert – und verschwinden so aus der Pakt-Statistik. Wir können uns BewerberInnen erster und zweiter Klasse nicht leisten. **Jeder junge Mensch, der einen Ausbildungsplatz sucht, muss in der Bilanz gezählt werden.**

## **2. Wir brauchen einen Schutzschirm für Ausbildung**

Die schlechte Ausbildungsbilanz 2009 zeigt einmal mehr die Achillesferse des deutschen Ausbildungssystems: Die Zukunftsperspektiven junger Menschen sind abhängig von der konjunkturellen Lage. Mit freundlichen Appellen wird sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt nicht beheben lassen. Wir müssen umsteuern. Wir brauchen einen Schutzschirm für Ausbildung, der verschiedene Maßnahmen bündelt:

- **Ausbildungskapazitäten stärken – Branchenfonds einführen:** Entscheidend für die weitere Entwicklung des Ausbildungsmarkts wird sein, wie Anreize für mehr betriebliche Ausbildungsplätze unter den schwierigen Bedingungen entwickelt werden können. Hierfür sind Vereinbarungen über solidarische Finanzierungsinstrumente (z. B. Branchenfonds) notwendig. Das Beispiel der Bauindustrie zeigt, wie ein Umlagesystem das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen auch in Krisenzeiten sichern kann.
- **Gebühren der Kammern abschaffen:** Kammergebühren sind zusätzliche Belastungen für ausbildende Betriebe. Gebühren für die Eintragung von Ausbildungsverträgen, Gebühren für Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie für die ergänzende überbetriebliche Unterweisung im Handwerk müssen da, wo dies noch nicht geschehen ist, abgeschafft werden.
- **Jugendliche besser fördern - Ausbildungsbegleitende Hilfen ausbauen:** Vor allem benachteiligte Jugendliche könnten die Verlierer der Wirtschafts- und Finanzkrise werden. Deshalb sollten ausbildungsbegleitende Hilfen, zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden. Ausbilder und Lehrer sollen für jeden einzelnen Auszubildenden den Bedarf ermitteln. Betriebe, überbetriebliche Ausbildungswerkstätten und Träger bieten Maßnahmen an. Dazu muss die Bundesagentur für Arbeit ihr Leistungsangebot steigern, die Länder sollten sich jedoch auch an der Finanzierung beteiligen.